

**Wirtschaftsgilde e.V.
Regionalgruppe Neckar-Rhein-Main**

**„Demokratieentwicklung und der europäische Gedanke
in Ungarn“**

18. Oktober 2015

Vorbemerkung

- (1) „In Ungarn ist anders.“
- (2) Meine Zeit in Ungarn.
- (3) Ich hatte schon Ende der 1990-er Jahre – u.a. in einem Beitrag für den „Wirtschaftspolitischen Ausschuss“ des „Vereins für Socialpolitik“ – konstatiert, dass die neuen Beitrittsländer weder beitrittsreif noch beitrittsfähig sind und für einen längerfristigen Stufenplan plädiert.¹ Das habe ich, aber da war es längst beschlossene Sache, im Mai 2004 in einem Vortrag bei der Volkshochschule/Wirtschaftsgilde in Weinheim noch einmal wiederholt.²
- (4) Mein Argument: Nach gewonnener Unabhängigkeit steht die Besinnung auf die eigene nationale Identität im Vordergrund, das wollen sie sich von Brüssel nicht nehmen lassen. Ungarn ist – wie die Reaktion der anderen osteuropäischen Staaten auf die Flüchtlingskrise zeigt – kein Ausnahmefall. Was bewog sie, den Eintritt in die EU so schnell zu suchen? Erstens Schutz, daher auch der schnelle Beitritt zur NATO, und zweitens die Förderfonds („Fleischtöpfe“ der EU). Und die EU? Verhinderung des Erstarkens sozialistischer Parteien, und sicher auch die eigene Machtausdehnung.
- (5) Dieser Eindruck hat sich nach meinem Eindruck verstärkt, wie sich spätestens an der Flüchtlingskrise zeigt – dazu unten mehr.

¹ Franke, Siegfried F.: Europa vom Atlantik bis zum Ural. Vision, Illusion oder absehbare Realität? In: Wirtschaftsdienst, 77. Jg., Heft 10 (1997), S. 573-579 [wieder abgedruckt in: Franke, Siegfried F.: Europa am Scheideweg. Statt Vertiefung und Erweiterung nun die Eurokrise?, Marburg 2012, S. 207-220].

Franke, Siegfried F.: CEFTA und Europäische Union – Beitritt oder Erweiterung des Europäischen Wirtschaftsraumes? In: Zohlnhöfer, Werner (Hrsg.): Perspektiven der Osterweiterung und Reformbedarf der Europäischen Union, Berlin 1998, S. 33-68 [wieder abgedruckt in: Franke, Siegfried F.: Europa am Scheideweg. Statt Vertiefung und Erweiterung nun die Eurokrise?, Marburg 2012, S. 127-170].

Franke, Siegfried F.: EU-Osterweiterung: Wann und Wie? Plädoyer für einen Stufenplan, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 46. Jg., Nr. 1/2 (1999), S. 106-109.

² Franke, Siegfried F.: Die Osterweiterung der Europäischen Union. Visionen, Realität und Bedingungen zur erfolgreichen Integration der neuen Mitgliedstaaten. Universität Stuttgart, Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht, Diskussionsbeitrag 2004/7, ISSN 1613-9666 [Schriftliche Fassung des gleichnamigen Vortrags in Weinheim, 9. Juni 2004] [wieder abgedruckt in: Franke, Siegfried F.: Europa am Scheideweg. Statt Vertiefung und Erweiterung nun die Eurokrise?, Marburg 2012, S. 171-206].

I. Ein paar Daten zu Ungarn

Bevölkerung: **2015:ca.** 9,91 Millionen [das sind 50.000 weniger als 2013; insbesondere jüngere und gut ausgebildete Leute verlassen das Land; von 2010 bis Anfang 2013 verließen 350.000 das Land!!].

Roma (kaum Sinti): ca. 700.000 bis 800.000; spezielle Förderprogramme, federführend „Minister for Human Resources“, Zoltán Balogh (selten: großes Lob von der EU); dennoch: große Armut, Arbeitslosigkeit: 50 bis 90 %.

BIP/Kopf: **2013:** nominal: 13.172 US-\$, KKP: 19.336 US-\$ [nach Schätzungen des IWF sogar über 20.000 US-\$.

Zum Vergleich: Deutschland 2013: 43.952/39.468 US-\$

Diese internationalen Zahlen scheinen mir – trotz der Umrechnung in Kaufkraftparitäten (KKP) – nicht sehr aussagekräftig für die tatsächlich Lebenssituation zu, u.a. deshalb, weil auch der sog. Staatskonsum im BIP enthalten ist. Sieht man sich die aktuellen Durchschnittslöhne in Ungarn an, so ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Ø-Löhne: **2015, 1. Hj.** Gesamtmonatslohn: brutto: 791 EUR
netto: 518 EUR
2015, 1. Hj. privater Sektor: brutto: 846 EUR
netto; 554 EUR

Abgabenquote: **34,5 %**

Eink.-steuer: **Flat Tax: 16 %** [kein Grundfreibetrag; allerdings gibt es Kinderermäßigungen]; soll auf 15 % und tiefer sinken.

Sozialvers.: **18,5 %**

Umsatzsteuer: **normal:** 27 %; **ermäßigt 1** (Lebensmittel: 18 %); **ermäßigt 2** (Medikamente, Bücher, Zeitschriften und z.B. Schweinefleisch) 5 %; keine USt: Post, Versicherung, Vermietung von ETW.

Sondersteuern/sonstige Abgaben: Banktransaktionssteuer; Telefonsteuer; Verpackungsabgabe; Abgabe für besonders zucker- und fettreiche Nahrungsmittel; Lebensmittelkontrollabgabe; Steuer auf Werbeeinnahmen (bei Medienunternehmen) und viele andere mehr.

Wachstumsrate: 2014 (real): 3,6 % 2015 (real, geplant): 2,6 %

Arbeitslosenrate: 2014: 7,7 % [ziemlich geschönt!!]

Staatsverschuldung: NNV 2014: minus 2,6; 2015 geplant: minus 2,4 %
GSV 2014: 76,9 %; 2015 geplant: 77,6 %
Deutschland: NNV 2015 geplant: schwarze Null;
GSV 2015 geplant: 71,4 %

Preisniveaustabilität: 2013/2014: 1,0 %, das liegt deutlich unter dem Referenzwert von 1,7 % [nach dem Konvergenzbericht der EU].
Nach den Kriterien der Staatsverschuldung und der Preisniveaustabilität hat Ungarn fast die Euro-Beitrittsfähigkeit erreicht. Probleme bereitet noch die langfristige Zinsentwicklung. Und: Ungarn müsste zuvor noch dem Europäischen Wechselkursmechanismus II [EWK II] beitreten.³

³ Der EWK II soll jene Länder, die noch nicht den Euro eingeführt haben, mit der Währungsunion in einen Verbund bringen, um Wechselkursabweichungen von einem angestrebten Mittelkurs in Grenzen zu halten. Länder, die inzwischen den Euro eingeführt haben, sind natürlich aus dem EWK II ausgeschieden. Andere Länder, bei denen die

Aber: Ungarn hat auf absehbare Zeit gar kein Interesse der Währungsunion beizutreten; eine nicht unplausible Begründung: Man fürchtet, dem dann eintretenden starken Wettbewerbsdruck nicht standhalten zu können [Verweis auf Griechenland].

II. Staatsform/Regierungsform: Parlament.-repräsentative Demokratie

Staatspräsident: János Áder (seit Mai 2012), Amtszeit: 5 J., einmalige Wiederwahl möglich).

Aufgaben: überwiegend repräsentativ, kann aber das Parlament auflösen und muss Gesetze ausfertigen.

Ministerpräsident: Viktor Orbán (1998 bis 2002 und ab 2010): Mitbegründer des 1988 in Budapest gegründeten linksliberalen „Bund junger Demokraten). Positioniert sich eher in der Mitte und Mitte-rechts.

Einkammer-System; nach der Wahlreform von 2011: Reduktion von 386 Sitzen auf 199 Sitze.

Wahl 2010: FIDESZ-KDNP erhalten mit 52,7 % der Wählerstimmen 263 Sitze im Parlament = 68 % (Zwei-Drittel-Mehrheit (Wahlbeteiligung: 64,3 %))

Wahl 2014: FIDESZ-KDNP erhalten mit 44,9 % der Wählerstimmen 66,8 % (gerade noch eine Zwei-Drittel-Mehrheit) (Wahlbeteiligung: knapp 62 %)

Ging inzwischen bei Nachwahlen (Verlust von zwei Sitzen, einer davon an die Jobbik (!) verloren!

Besonderheiten des Wahlsystems: Starke Mehrheitskomponente; Wahlrecht für alle Auslandsungarn (Voraussetzung: Registrierung); Registrierung für Minderheiten möglich (z.B. Deutschungarn). 128.000 Briefwahlstimmen der Auslandsungarn (überwiegend aus Rumänien) gingen zu 95,5 % an Fidesz-KDNP. Das brachte dann auch den Sitz, der noch zur abermaligen 2/3-Mehrheit nötig war.

Folge der Mehrheitskomponente:

Fidesz-KDNP: 44,1 % Erststimmen/44,9 % Listenstimmen ⇒ 133 Sitze

Jobbik: 20,2 % Erststimmen/25,7 % Listenstimmen ⇒ 23 Sitze

Die Links- und Links-Mitte-Parteien sind heillos zerstritten, d.h., es gibt keine nennenswerte sozialdemokratische Opposition. Sie haben sich 2014 zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen „Összefogás 2014“ (= Zusammenschluss 2014), das aber nur auf 38 Sitze kam. Die Grünen (LMP) kamen auf 5 Sitze.

Folge: Wirklich gefährlich werden kann der Regierung nur die „Jobbik“

Fidesz **Fiatal Demokraták Szövetsége** (Bund junger Demokraten; 1988 u.a. von Viktor Orbán gegründet; Orbán war von 1993-2000 Vorsitzender des Fidesz, und er ist es seit 2003 wieder; berühmt seine Rede vom 16.06.1989 am Hősök tere (Heldenplatz). Forderte den Abzug der sowjetischen Besatzung; Fidesz nahm auch an der Umbettung von Imre Nagy teil (23.06.1989). Diese Rede trug mit zum Ende des kommunistischen Regimes bei.

KDNP **Keresztendemokrata Néppárt** (Christlich-Demokratische Volkspartei)

Wechselkursschwankungen noch zu hoch sind, können ihm nicht beitreten. Manche (s. Ungarn) wollen ihm (noch) nicht beitreten. Schweden z.B. hat alle Kriterien erfüllt und müsste den Euro einführen. Unter Hinweis auf eine (freiwillige) Volksabstimmung, die allerdings auf den St.-Nimmerleinstag verschoben wurde, entzieht sich Schweden dieser Verpflichtung. Im Ergebnis gibt es im Moment nur einen Staat, der im EWK II ist, und zwar Dänemark. Dänemark hat aber eine Opting out-Klausel und ist (wie auch Großbritannien) nicht verpflichtet, den Euro einzuführen.

Jobbik **Jobbik** Magyarországért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn) [jobb, jobbra heißt im Ungarischen aber auch „rechts“, „nach rechts“, Jobbik könnte man auch als „Die Rechte“ übersetzen].

III. Besonderheiten des (neuen) ungarischen Grundgesetzes

Orbán hat seine Zwei-Drittel-Mehrheit genutzt, um Ungarn 2012 eine neue Verfassung [„Grundgesetz“ (!!)] zu geben. War über 20 Jahre nach der Wende als symbolträchtiger Neuanfang auch nötig.

Schon kurz nach dem Inkrafttreten vier Änderungen: manche bedenklich, manche falsch verstanden (Zuweisung von Rechtsstreitigkeiten an andere Gerichte (gesetzlicher Richter?); manches ungeschickt (Verbot pol. Werbung im Privatfernsehen); aber: der vereinigten linken Denkweise scheint auch vieles nicht zu passen; z.B. die Betonung christlicher, nationaler und familärer Werte im GG (Ehe: Mann und Frau).

Kardinalsgesetze: bedenklich und ungeschickt. Was will Fidesz (Orbán) machen, wenn er nur noch 50 % plus x hat und sich eigentlich gezwungen sieht, auch Kardinalsgesetze zu ändern? Hilft ihm dann die Opposition aus der Patsche? Kardinalsgesetze: Können nur mit 2/3-Mehrheit vom Parlament beschlossen werden (z.B. Pressegesetz).

Ausländische Kritik prallt ab: Trauma von Trianon und 1956!!

Wird auch von den Ungarn, die Orbán nicht so wohl gesonnen sind, nicht gut geheißen.

Orbán-Sprüche:

(2011): „Wir lassen uns von Brüssel nichts vorschreiben.“

(2013): „Ich habe gedacht, dass die EU Probleme lösen hilft, tatsächlich ist die EU das Problem.“

(2012): „Wir sind keine Kolonie von Brüssel.“ – Hat ja in Frankreich auch ein „gutes“ Vorbild.

Sonstige Kritikpunkte: Besetzung wichtiger Stellen mit regierungstreuen Parteigängern; Wahlgesetze (z.T. gekippt, wird immer wieder neu versucht: Registrierpflicht, um wählen zu können, Wahlberechtigung für Auslandsungarn; Aberkennung des Wahlrechts bei fehlender Einsichtsfähigkeit (würden Gerichte auf privaten oder öffentlichen Antrag hin entscheiden; Folge: opportunistisches Verhalten und Denunziantentums). – Häufige Änderung auf der Ebene von Staatssekretären und darunter (junge Bürschlein).

Am 11. März 2013 beschloss das ungarische Parlament mit den Stimmen der konservativen Parteien eine weitere Änderung des Grundgesetzes. Sie beschränkt vor allem die Befugnisse des Verfassungsgerichts. Die Verfassungsrichter dürfen Verfassungsänderungen und -zusätze künftig nur noch verfahrensrechtlich, nicht mehr inhaltlich prüfen. Darüber hinaus ist es ihnen verwehrt, sich auf die eigene Spruchpraxis aus der Zeit vor Inkrafttreten der derzeitigen Verfassung im Januar 2012 zu berufen. Außerdem erlaubt das Grundgesetz Ungarns in seiner neuen Fassung, Wahlwerbung in privaten Medien zu verbieten und Obdachlose zu bestrafen, wenn sie im Freien übernachten. – Am 26. März 2013 unterzeichnete Präsident János Áder die Novelle.

Zwei weitere Aspekte:

(1) Das zur Demokratie gehörende Rechtsstaatsprinzip (einschließlich Rückwirkungsverbot und Verhältnismäßigkeit) ist noch nicht wirklich im Denken der Regierung (des Volkes?) angekommen. Dazu gehört auch, dass bei gravierenden Änderungen – so berechtigt sie sein mögen – angemessene Übergangsfristen und der Verzicht auf allzu rasch greifende (heftige, um nicht zu sagen drakonische) Strafen.

Beispiele:

(i) Das ab 1. September 2015 geltende Hochschulgesetz:

§ 31 Abs. 4 des Hochschulgesetzes Ungarn: "Lehrende und Forscher können bis zum 70. Lebensjahr beschäftigt werden."

Probleme, die z.B. der AUB mit vom DAAD finanzierten Herder-Professuren entstehen können, sind nicht mitbedacht worden. Auch Übergangsfristen fehlen mal wieder.

(ii) Das im Dezember 2014 verabschiedete und schon ab 1. Januar 2015 geltende „Warenbewegungskontrollsystem“ [„Elektronikus Közüti Áruforgalom Ellenőrző Rendszer – EKÁER], mit dem dem Umsatzsteuerbetrug entgegengewirkt werden soll:

„Das bedeutet in der Praxis: Jeder Transport in Ungarn benötigt vor seinem Start eine beim Finanzamt abzurufende Identifikationsnummer, die EKÁER-Nummer, deren Fehlen zu empfindlichen Geldstrafen führt. Diese Nummer wird aber nicht so ohne weiteres vergeben, sondern bedarf jedesmal der Übermittlung einer ganzen Reihe von Dokumenten zur Fracht.] (Entnommen von Pester Lloyd 02/2015, 07.01.2015.)

Können Sie sich vorstellen, was das für die Praxis bedeutet? Natürlich konnten die Unternehmen die Anforderungen so schnell gar nicht umsetzen. Augenzwinkernd: Fangt schon mal an, wir nehmen es mit den Strafen nicht so genau. Inzwischen gab es auch schon zahlreiche Änderungen.

(2) Einer der Gründe liegt sicher darin, dass die Regierung Orbán – wie erwähnt – eine Reihe recht junger Leute auch in hochrangigen Ministeriumspositionen beschäftigt. Mangelnde Erfahrung wird nicht selten durch Forschung wettgemacht. Auch neigt die Regierung dazu, gerade auf dieser Ebene häufige Personaländerungen vorzunehmen. Klar: Wer um seine Position fürchtet, widerspricht seltener.

Grundgesetz Ungarns

(25. April 2011)

Präambel

Gott, segne die Ungarn!

NATIONALES BEKENNTNIS

WIR, DIE MITGLIEDER DER UNGARISCHEN NATION, erklären zu Beginn des neuen Jahrtausends, in der Verantwortung für alle Ungarn Folgendes:

Wir sind stolz darauf, dass unser König, der Heilige Stephan I., den ungarischen Staat vor tausend Jahren auf festen Fundamenten errichtete und unsere Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europas machte.

Wir sind stolz auf unsere Vorfahren, die für das Bestehen, die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes gekämpft haben.

Wir sind stolz auf die großartigen geistigen Schöpfungen ungarischer Menschen.

Wir sind stolz darauf, dass unser Volk Jahrhunderte hindurch Europa in Kämpfen verteidigt und mit seinen Begabungen und seinem Fleiß die gemeinsamen Werte Europas vermehrt hat.

Wir erkennen die Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation an. Wir achten die unterschiedlichen religiösen Traditionen unseres Landes.

Wir leisten das Versprechen, dass wir die geistige und seelische Einheit unserer in den Stürmen des vergangenen Jahrhunderts in Stücke gerissenen Nation bewahren. Die mit uns zusammenlebenden Nationalitäten sind staatsbildender Teil der ungarischen politischen Gemeinschaft.

Wir verpflichten uns, unser Erbe, unsere einzigartige Sprache, die ungarische Kultur, die Sprache und Kultur der in Ungarn lebenden Nationalitäten, die durch den Menschen geschaffenen und von der Natur gegebenen Werte des Karpatenbeckens zu pflegen und zu bewahren. Wir tragen die Verantwortung für unsere Nachfahren, deshalb beschützen wir die Lebensgrundlagen der folgenden Generationen durch den sorgfältigen Umgang mit

unseren materiellen, geistigen und natürlichen Ressourcen.

Wir glauben, dass unsere Nationalkultur einen reichhaltigen Beitrag zur Vielfalt der europäischen Einheit darstellt.

Wir achten die Freiheit und die Kultur anderer Völker und streben eine Zusammenarbeit mit allen Nationen der Welt an.

Wir bekennen uns dazu, dass die Würde des Menschen die Grundlage des menschlichen Seins ist.

Wir bekennen uns dazu, dass sich die individuelle Freiheit nur im Zusammenwirken mit Anderen entfalten kann.

Wir bekennen uns dazu, dass der wichtigste Rahmen unseres Zusammenlebens Familie und Nation, die grundlegenden Werte unserer Zusammengehörigkeit Treue, Glaube und Liebe sind.

Wir bekennen uns dazu, dass die Grundlage der Kraft der Gemeinschaft und der Ehre des Menschen die Arbeit und die Leistung des menschlichen Geistes sind.

Wir bekennen uns zum Gebot der Unterstützung der Hilfsbedürftigen und der Armen.

Wir bekennen uns dazu, dass das gemeinsame Ziel des Bürgers und des Staates die Vervollkommnung des guten Lebens, der Sicherheit, der Ordnung, der Wahrheit, der Freiheit ist.

...

Wir halten die Errungenschaften unserer historischen Verfassung und die Heilige Krone in Ehren, die die verfassungsmäßige staatliche Kontinuität Ungarns und die Einheit der Nation verkörpern.

Wir erkennen die infolge der Besetzung durch fremde Mächte eingetretene Aufhebung unserer historischen Verfassung nicht an. Wir lehnen die Verjährung der gegen die ungarische Nation und ihre Bürger während der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur begangenen unmenschlichen Verbrechen ab.

Wir erkennen die kommunistische Verfassung aus dem Jahre 1949, die die Grundlage einer Willkürherrschaft bildete, nicht an. Daher erklären wir ihre Ungültigkeit.

Wir stimmen mit den Abgeordneten des ersten freien Parlaments überein, die in ihrem ersten Beschluss deklariert hatten, dass unsere heutige Freiheit unserer Revolution von 1956 entsprungen ist.

...

Artikel L

(1) Ungarn schützt die Institution der Ehe als eine aufgrund einer freiwilligen Entscheidung zwischen Mann und Frau zustande gekommene Lebensgemeinschaft sowie die Familie als Grundlage des Fortbestands der Nation.

(2) Ungarn unterstützt die Elternschaft.

(3) Der Schutz der Familien wird durch ein Schwerpunktgesetz geregelt.

Artikel M

(1) Die Wirtschaft Ungarns beruht auf der Werte schaffenden Arbeit und der Freiheit der Unternehmung.

(2) Ungarn sichert die Voraussetzungen für den lautereren wirtschaftlichen Wettbewerb, tritt gegen den Missbrauch der dominanten Marktposition auf und schützt die Rechte der Verbraucher.

IV. Zur Presse- und Meinungsfreiheit

Freimütig: Ich bin mit den Details der Pressegesetze nicht vertraut. Der Chefredakteur und Herausgeber der „Budapester Zeitung“ [Wochenmagazin für Ungarn] und der „Tageszeitung BZ“ und zugleich Herausgeber des Wochenmagazins „The Budapest Times“ versichert mir, Einschränkungen enthalte das Gesetze nicht.

Dennoch ein paar meiner Beobachtungen bzw. Eindrücke:

- Eine Zensur gibt es natürlich nicht.
- Kritik an der Regierung zum Teil recht heftig und deutlich (siehe z.B. die massive Kritik in der Wochenzeitung Magyar Narancs von Éva Várhegyi [BZ 30, 12/13] an der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Wirtschaftspolitik insgesamt].
- Kritik an der Regierung wegen der „Broker-Skandale“, da war sich der Staat selbst der Nächste.
- Kritik an der Flüchtlingspolitik [András Hont: Ein Stacheldrahtzaun löst gar nichts, in „hvg“, linksliberale Wochenzeitung, in: BZ 27,14].
- Kritik am Bau des Atomkraftwerks Paks II durch Russland [BZ, 27, 13, 18/19].
- Weitere Kritiken in: Népszabadság [BZ 38, 14].
- Merkels Bemerkungen zu Sarrazin [„Das ist kein hilfreiches Buch.“ Haben Sie es denn gelesen: „Nein, das brauche ich nicht.“: Ein gefundenes Fressen für Ungarn.
- Zur Macht der Presse in Deutschland: Fälle a la Wulff und Kachelmann sind so in Ungarn kaum denkbar.
- Natürlich nehmen Regierung und Regierungspartei – ebenso wie in Deutschland – auch Einfluss auf die Presse: (1) Verdeckt durch Drohung mit dem Abzug von Inseraten (dann folgt in der Regel die Ablösung des Chefredakteurs), (2) wenn mächtige Gegenspieler die Macht der Regierung bedrohen (Beispiel: Entmachtung des Medienzars Lajos Simicska durch Orban; Mittel: Horrende Steuer auf Umsätze (bis zu 50 %; nicht auf den Gewinn); traf auf den aufmüpfigen Fernsehsender RTL plus; fadenscheinige Begründung: Werbung verursache große soziale Schäden und verderbe die Jugend; wird wohl auf Druck von Brüssel zurückgenommen.
- Verwaltungshürden beim Beantragen von Lizenzen

Persönliche Wertung: Wenn ich mir die inquisitorisch wirkenden Hüter der „Political correctness“ in Deutschland und führende Presseorgane anschau, dann habe ich nicht das Gefühl, dass es so ohne Gefahr für das eigene Ansehen und die Karriere möglich ist, freimütig seine Meinung kundzutun. Schauen Sie sich mal Talkshows an: In der Regel läuft das nach dem Muster: 4 plus Moderator/in gegen einen.

V. Rudimentäres zur ungarischen Mentalität

Kriegerisches Reitervolk; drangsaliert nach „Landnahme“ im Donaubecken zahlreiche Nachbarvölker ⇒ Denken in „Nullsummen-Kategorie“, nicht in „win-win-Kategorien“.

Macht sich bis heute in der (Wirtschafts-)Politik bemerkbar: „Handel“ schafft keine Werte, sondern verteilt nur um, oft zu Lasten der kleinen/mittelständischen ungarischen Betriebe.

⇒ Sondersteuern/Zusatzabgaben für große Handelsketten (ALDI, LIDL, Tesco, dm, Rossmann, Müller usw.). Deshalb auch das – von der Bevölkerung überwiegend nicht gewollte – Sonntagsverkaufsverbot. Trifft die genannten Ketten, nicht aber kleine, inhabergeführte Tante-Emma-Läden und die „regierungsnahen“ CBA-Läden.

⇒ Trifft auch ausländische Banken. Vorstellung der Regierung: Banken sollten zu mindestens 60 % in ungarischer Hand sein. Meine Frage an den Regierungsberater: Wie das bei AG's funktionieren soll. Antwort: Aktien können von Ausländern natürlich erworben werden, aber Begrenzung des Stimmrechts auf unter 50 %. Ob sich das Staatsfonds aus Aserbaidschan (Ö!!!) und China, auf deren Kapital man hofft, gefallen lassen?

Industrien, die nach Ansicht der Regierung Werte und Arbeitsplätze schaffen (und nicht nur umverteilen, s.o.), sind wohlgehitzen: Mercedes (Kecskemét), Audi (Györ), Bosch usw.

Bei diesem Gebaren müsste die EU m.E. den Ungarn stärker auf die Finger klopfen.

Ein nationales Trauma: Der Vertrag von Trianon (1920): Ungarn verliert rund 2/3 seines Gebietes!! – Darauf stellt die Jobbik bis heute ab.

Folge: Übergriffe auf die eigene Souveränität – ob sie von der EU ausgehen oder durch „Übervölkerung“ zustande kommen, mögen die Ungarn überhaupt nicht.

VI. Zum Flüchtlingsproblem

Vorbemerkung

- Landesweit ca. 12.000 bis 14.000 Obdachlose, davon ca. 10.000 in Budapest. Seit Ende 2013: Obdachlosigkeit ist strafbar; private Hilfsbereitschaft – wie bei den Flüchtlingen – ist ihnen gegenüber jedoch kaum bemerkbar.
- Geringe Ø-Verdienste (s.o.): Krankenschwester bekommt unter EUR 300/Monat! Ärztliche Behandlung sehr gut, aber die Pflegebedingungen sind katastrophal.
- Im vergangenen Winter: Patienten lagen mit Wintermänteln in den Betten, weil die maroden Heizungen (aus den 1930-er Jahren) nicht mehr reparierbar waren. Geld für neue war nicht vorhanden.
- Offizielle Armutsgrenze lt. Regierung bei EUR 260/Monat.
- Arbeitslosengeld: max. 3 Monate.
- Sozialhilfe ab März 2015: 22.800 HUF (ca. 73 Euro) für jeden im Prinzip arbeitsfähigen Erwachsenen. Für Kinder gibt es einen jährlichen Zuschuss, maximal kann eine 5-köpfige Familie so auf 53.000 HUF (ca. 170 Euro) kommen. Wohnungsbeihilfe für Geringverdiener (ca. 1,45 Euro je qm) ist ab März 2015 eingestellt.
- Zwang zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger ⇒ Arbeitslosenstatistik geschönt.
- Nicht zuletzt die eigene Geschichte: Man kam vor rund 1000 Jahren als kriegerisches Reitervolk zur „Landnahme“ im Donaubecken. Raubzüge in das Gebiet von Nachbarvölkern kamen immer wieder vor. Entweder man unterdrückte und beraubte sie – oder man wurde zurückgeschlagen: Null-Summen-Gesellschaft (s.o.).

Diese Fakten sollte man kennen, um zu ermessen, welche große Last die nach Schengen ordnungsgemäße Registrierung und Beherbergung von 100.000 Flüchtlingen (Zeitraum: Januar bis Juli 2015) bedeutet. Relativ an der Bevölkerungszahl gemessen und auf das ganze Jahr bezogen würde das für Deutschland rund 1,4 Millionen bedeuten.

Wobei: Ab Juli 2015 hat sich die täglich ankommende Zahl ja noch einmal erhöht. **Nach dem Stand vom 7. September 2015 hat sich die Zahl auf 167,740 erhöht, das würde für Deutschland aufs Jahr umgerechnet eine Zahl von knapp über 2 Millionen ergeben!!**

Und: Die allermeisten widersetzen sich, z.T. mit Gewalt, der Registrierung; auch Österreich registriert kaum noch, sondern reicht nach Deutschland weiter. Sie wollen alle schlicht nach Deutschland (vgl. BZ 35, Kommentar, S. 3).

Und wie hilft die EU? Sie klopft Sprüche, missbraucht Ungarn als Durchgangsland (insbes. Deutschland) und überweist im Sommer 6,7 Millionen Euro aus dem Flüchtlingsfonds (vorgesehen von 2014 bis 2020: 65 Millionen Euro).

Zum Zaun: Hier wird wohl mit zweierlei Maß gemessen. Siehe den Zaun, den Spanien an der Grenze seiner nordafrikanischen Grenze zu Marokko (Mellila) gebaut hat. Und den Zaun, den Bulgarien letztes Jahr schon an der Grenze zur Türkei errichtet hat. Wie soll Ungarn als Schengen-Mitgliedstaaten seiner Verpflichtung zur Sicherung der Außengrenzen (175 km zu Serbien) nachkommen? Alle 50 m einen Zollbeamten hinstellen? Und wenn der überrannt wird?

Jetzt darf ich Ihnen ein paar Bilder zeigen: Was fällt Ihnen dabei auf?

- BZ 36; 1, 7-10; BZ 38/1; BZ 37, 1.
- Schon im Januar/Februar und dann auch noch bis Mai 2015 waren Scharen von Kosovo-Albanern (100.000 und mehr), zum großen Teil über Serbien und Ungarn nach Deutschland unterwegs. Alles: Wirtschaftsflüchtlinge. Wie viele von denen wurden wieder zurückgeschoben? Folgen für das Land selbst, wenn es junge Leute in Massen verliert!
- Züge nach München hatten schon damals Verspätung, und im Ruhrgebiet waren sie vollends überfüllt.
- Seit September ganz drastisch: überfüllte Züge, auch in der 1. Klasse und keine direkte Verbindung: Budapest-Wien-Salzburg-München.
- Bundestagspräsident Norbert Lammert sieht Deutschland durch die ins Land kommenden Flüchtlinge vor einem dauerhaften Wandel. "Diese große humanitäre, politische und kulturelle Herausforderung wird Deutschland verändern", sagte er im Bundestag. Er zeigte sich überzeugt, dass dies letztlich zum Vorteil des Landes geschehe.
- Dass sich Deutschland verändern wird, steht sicher außer Frage, aber genau so ist zu fragen, ob bei solchen Änderungen nicht zuvor doch der Souverän nach Abwägung der Vor- und Nachteile zu fragen ist. Bei solchen dramatischen Entscheidungen – s. auch Euro – wird das Volk freilich nicht gefragt.
- Wenn ich es richtig deute, dann knüpft – unter Rückgriff auch auf die eigene Geschichte – Ministerpräsident Orbán genau hier an. Er bezweifelt nicht, dass es Asylgründe für etliche der Flüchtlinge gibt, aber angesichts der Massen, die da nach Europa strömen spricht er von einer qualitativen Änderung: Es geht in erster Linie nicht um Asyl, sondern um eine Völkerwanderung. Die damit für Ungarn und Europa eintretenden Gefahren und Änderungen will er – im Unterschied zu Lammert – offenbar nicht hinnehmen.
Interessant übrigens: Das, was sich da gerade abspielt, hat Jörg Tremmel in seiner Dissertation 2005, die ich mitbetreut habe, vorausgesehen. Der Testosteronüberschuss hauptsächlich junger Männer, der wegen fehlender Arbeitsmöglichkeiten in ihren Ländern (Afrika, Arabien, Asien) nicht abgebaut und in fruchtbarer Weise nützlich gemacht werden kann, werde sich noch in dramatischer Weise auch für Europa bemerkbar machen⁴. Zum Teil spiegelt sich das in den derzeitigen Flüchtlingsströmen wider. Bedrohlich allerdings ist, dass sich offenbar etliche Al Quaida, den Taliban, dem IS oder Boko Haram zugewandt haben.

VII. Der europäische Gedanke in Ungarn

- Ungarn lässt – siehe Grundgesetz – keinen Zweifel daran, dass es sich als Teil Europas empfindet.
- Ungarn war auch enttäuscht, dass die EU sich reichlich Zeit zur Aufnahme gelassen hat, und dann auch noch en bloc zusammen mit neun anderen Staaten. Nach der Hilfe der Wiedervereinigung hatte man sich stärkere Unterstützung von Deutschland erhofft.
- Ungarn geht zwar zuweilen Sonderwege, geht aber auch wieder zurück, wenn es Kritik aus Brüssel, aber auch von befreundeten Parteien gibt. Großbritannien ist da halsstarriger. Offene, aber geduldete Regelbrüche gibt es bei anderen Staaten zuhauf. Beispiel: Schweden. Jüngst aber z.B. auch Österreich, die sich wenig um „Schengenscheren und Flüchtlinge gleich nach Deutschland weiterleiten.“

⁴ Tremmel, Jörg: Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit, Dissertation, Stuttgart 2005, S. 68 ff. S. auch die dort angegebene weiterführende Literatur:
http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2005/2356/pdf/Bevoelkerungspolitik_im_Kontext_zur_Veroeff._in_UB.pdf

- Sanktionen, die die EU gegen Russland verhängt hat, werden von Ungarn klaglos mitgetragen, obwohl es deshalb starke Einbußen zu erleiden hat.
- Orbán lässt aber keinen Zweifel daran, dass das, was aus linksideologischer Sicht kommt und regelmäßig als „europäische Wertegemeinschaft“ verkauft wird, durchaus hinterfragt werden kann.
- Ungarn deutet – wie oben erwähnt – die Flüchtlingsströme anders als etwa Deutschland. Während hier „Asyl“ und der „Bedarf an qualifizierten Facharbeitern“ im Vordergrund steht, sieht sich Ungarn allein schon durch die schiere Masse in seiner Auffassung bestätigt, dass es um eine ganz andere Qualität geht, nämlich um „Völkerwanderungen“. Die daraus drohende Änderung des „christlichen Abendlandes“ will man nicht hinnehmen.
- Meinungs- und Pressefreiheit – gerade von Deutschland und Brüssel (Martin Schulz) immer hochgehalten, muss es – aus ungarischer Sicht – erlauben, auch eine solche Sicht vorzutragen und zu diskutieren.
- Ohne dass ich dies offiziell gehört habe, so habe ich doch den Eindruck, dass sich Ungarn dem Brüsseler „Vereinheitlichungsbrei“ widersetzt und stattdessen an ein „Europa der Vaterländer“ (Charles des Gaulle) denkt.

VIII. Gedanken zur massiven und unsachlichen Kritik an Ungarn

- Ungarn spricht stärker als die anderen mittelosteuropäischen EU-Länder das Bedürfnis nach eigener nationaler Identität aus.
- Ungarn pocht auf seine geschichtlichen Erfahrungen.
- Es bietet der zum Teil ins Absurde gesteigerten „Political correctness“ Paroli.
- Es hat einiges davon im ungarischen Grundgesetz verankert.

Das scheinen mir die zentralen Gründe zu sein, warum Ungarn das Ziel der – überwiegend linksideologisch motivierten – Kritik ist.

Ich hatte in meiner Vorbemerkung auf das verständliche Pochen auf die nationale Identität der mittelosteuropäischen Länder hingewiesen. Manchmal dauert es lange, sehr lange, bis auch Brüssel begreift, das nicht alles über einen Kamm zu scheren ist, und dass das gebetsmühlenartige Wiederholen der „Europäischen Wertegemeinschaft“ noch lange nicht bedeutet, dass kulturelle Differenzen verschwinden. Dazu ein paar Zitate aus einem aktuellen Interview von Pierre Moscovici, Wirtschafts- und Währungskommissar der EU:

„Ja, wir haben durch dieses Krise [gemeint ist die Flüchtlingskrise, S.F.F.] herausgefunden, dass wir nicht alle Probleme gelöst haben, als wir die EU vergrößert haben. ... Wir sehen jetzt große kulturelle Differenzen zwischen einigen dieser Länder und dem früheren, westlichen Europa ...“⁵

Hier stellen sich für mich – und damit will ich schließen – zwei Fragen:

- (1) Sollte man nicht annehmen, dass die Entscheidungsträger der EU über genügend an Geschichtskennntnissen und Erfahrung verfügen, um vorher über kulturelle Differenzen zu wissen, und auch um zu wissen, dass Änderungen im Denken und Empfangen oft erst nach Generationen erreichbar sind?
- (2) Wenn man das jetzt allmählich zu begreifen beginnt, warum dann die ständige, zum Teil unsachliche und polemische Kritik an Ungarn? Sachlich gibt es genügend an Kritik, darauf kann man sich beschränken.

⁵ „Diese Krise ist existenziell für Europa“. Interview mit Pierre Moscovici, Wirtschafts- und Währungskommissar der EU. Von Cerstin Gammelin, in: Süddeutsche Zeitung, 01.10.2015 [wieder abgedruckt in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseberichten, Nr. 42, 07.10.2015, S. 12-14, hier: S. 12].